

Aktionsbündnis gegen das absolute Rauchverbot

Keine Insellösung für Hamburg

Editorial

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

18 Hamburger Verbände und Institutionen mit ihren Mitgliedern treten geschlossen gegen ein absolutes Rauchverbot in unserer schönen Stadt ein. Die Folgen eines solchen wären katastrophal – in wirtschaftlicher und touristischer

Hinsicht, aber auch für das Image unserer weltoffenen Metropole. Menschen verlieren ihre Jobs oder die gesamte Existenz – das möchten wir verhindern. Natürlich wollen wir Nichtraucher schützen, aber auch die Wahlfreiheit des Einzelnen erhalten.

Informationen über das Aktionsbündnis erhalten Sie in diesem Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Rose Pauly

Zahlreiche Verbände und Institutionen organisieren sich gegen ein absolutes Rauchverbot in Hamburg

Mittlerweile 18 Hamburger Verbände und Institutionen gehören dem Aktionsbündnis an, das auf die Konsequenzen eines absoluten Rauchverbots hinweisen will: „Über Hundert Kleinbetriebe müssten schließen, Arbeitsplätze in vierstelliger Höhe würden unwiederbringlich verlorengehen, sollte diese gesetzliche Insellösung umgesetzt werden“,

sagt Rose Pauly, Präsidentin des DEHOGA Hamburg e. V. Als 18. starker Partner konnte der Bundesverband des Deutschen Getränkegroßhandels e. V. gewonnen werden. Auch Unternehmer wie Albert Darboven und Eugen Block setzen sich gegen das absolute Rauchverbot ein – obwohl sie selbst nicht rauchen. „Ein absolutes Rauchverbot passt

nicht zu einer Weltstadt wie Hamburg“, sagt Darboven. Hamburg würde mit diesem Gesetz ein Stück Attraktivität und Vielfalt verlieren. „Denn gerade die kleinen Kneipen und Betriebe machen den Charme der Szeneviertel aus“, ist sich auch Wolfgang Burgard, Vorsitzender des Brauereiverband Nord e. V., sicher.



Barbara Ahrons (4. v. r.), Vorsitzende Mittelstands- u. Wirtschaftsvereinigung der CDU, sagte während eines Pressegesprächs, ein absolutes Rauchverbot sei für die Stadt Hamburg mit ihrem „freiheitlichen Denken“ unangemessen

Wir wollen den Status quo!

Mit diesem Ausruf ist nicht die Rockband gemeint, sondern das Aktionsbündnis will die derzeitige Übergangsregelung beibehalten. „Wir möchten den Status quo und die in der Praxis bewährten Ausnahmen beibehalten. Nichtraucher und Raucher haben sich in einem toleranten Miteinander einge-

spielt, die Regelung funktioniert ohne Probleme“, sagt Thomas Magold, Vorstandsvorsitzender des Tourismusverband e. V. Deshalb wollen wir ein Gesetz, das die Einrichtung von Rauchernebenzimmern beibehält, das Wahlrecht für kleine Einraumkneipen garantiert, Ausnahmeregelungen für Festzelte

und Freiluftveranstaltungen vorsieht und das Wahlrecht eines Veranstalters bei geschlossenen Veranstaltungen ermöglicht. „Große Veranstaltungen wie der Hamburger Dom, der Hafengeburtstag und das Alstervergnügen wären in ihrer jetzigen Beliebtheit bedroht“, so Dirk Marx, Präsident des Ambulanten Gewerbes und der Schausteller Hamburg e. V.



BRAUEREIVERBAND NORD E.V.
HAMBURG/SCHLESWIG-HOLSTEIN/MECKLENBURG-VORPOMMERN



CITY MANAGEMENT
HAMBURG

DEHOGA
HAMBURG

MIT
HAMBURGER MITTELSTANDS-
UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU



Tourismusverband
Hamburg e.V.



Landesverband des Ambulanten Gewerbes
und der Schausteller Hamburg e. V.

ig hafenmeile
vom Fischmarkt bis zur Hafenspitze

ig st. pauli

UUV
NORD
Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e. V.

Lekkerland
the convenience company

DEUTSCHER
KAFFEEVERBAND

GEWERKSCHAFT NÄHRUNG-GENUSS-GASTSTÄTTEN
LANDSBEZIRK NORD

rebell
hamburg
Selbstbestimmung
für die Gastronomie

hamburger
kreis

Schaustellerband Hamburg von 1884 e.V.

BUNDESVERBAND DES DEUTSCHEN
GETRÄNKEFACHGROßHANDELS E.V.



Dr. Henning Voscherau
Erster Bürgermeister a. D.

„Auch Raucher haben Rechte, solange sie Nichtraucher nicht belästigen. Wer sogar gekennzeichnete Kneipen verbietet, in denen Raucher unter sich bleiben, greift in Grundrechte ein.“



Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann
Präsident UVNord

„Ein absolutes Rauchverbot würde für viele Betriebe erhebliche wirtschaftliche Nachteile bedeuten. Eine derartige Verbotskultur ist einer Weltstadt wie Hamburg nicht angemessen.“



Volker Tschirch
Sprecher AGA Unternehmensverband

„Die Umsatzeinbußen machen sich in der Gastronomie jetzt schon bemerkbar, wie würde sich dann erst ein Gesetz ohne jegliche Ausnahmeregelungen auf die Branche auswirken?“



Kai Hollmann
Hamburger Hotelier

„Hamburg muss seine Vielfalt in den Stadtquartieren unbedingt behalten, die kleinen Kneipen sorgen in den Szenevierteln für die beliebte Atmosphäre und sind Besuchermagneten.“



Riskante Insellösung für die Metropole Hamburg

Hamburg denkt als einziges Bundesland über ein absolutes Rauchverbot nach. Alle anderen Bundesländer haben bereits gesetzliche Ausnahmeregelungen durchgesetzt oder befinden sich im Gesetzgebungsprozess. In Bayern etwa darf nun in Gaststätten mit weniger als 75 Quadratmetern Gastraumfläche weiterhin geraucht werden – obwohl kalte oder einfach zubereitete Speisen serviert werden.

Hamburg würde mit dem absoluten Rauchverbot eine

gesetzliche Insellösung schaffen. Es dürfte keinerlei Ausnahmen bezüglich des Nichtraucherschutzgesetzes geben. Betriebe, die in separate Raucherräume investiert haben, hätten dies umsonst getan.

„Mangels bundeseinheitlicher Regelungen sollte die vom Bundesverfassungsgericht normierte Übergangsregelung auch in Hamburg gelten“, meint Dr. Herbert Grimberg, Vorsitzender Gewerkschaft NGG, Landesbezirk Nord. Auch Rechts-

experte und Verfassungsrechtler Prof. Dr. Rupert Scholz ist überzeugt davon, dass ein absolutes Rauchverbot verfassungswidrig sei und neue Klagen der Geschädigten nach sich ziehen würde: „Das Gesetz würde mehrere Grundrechte verletzen wie etwa das Recht auf persönliche Freiheit.“



Verfassungsrechtler Prof. Rupert Scholz

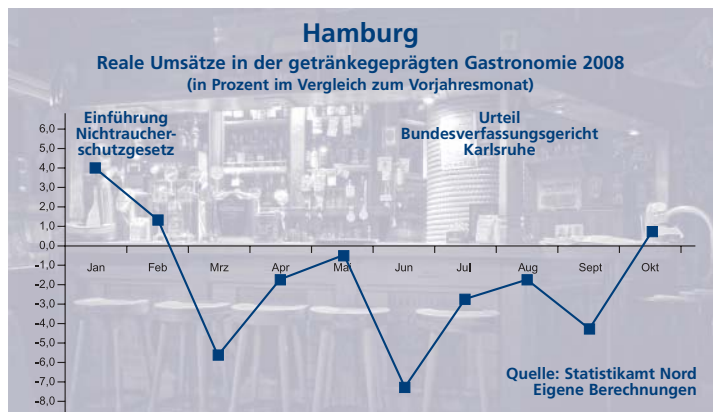
Auch Nichtraucher gehen noch weniger feiern

Seit Inkrafttreten des Nichtraucherschutzgesetzes am 1. Januar 2008 gehen Deutschlands Raucher seltener feiern – die Nichtraucher allerdings auch. Das ergab eine Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) im Oktober 2008 unter rund 2 000 Personen. Besonders stark sei der Besucherrückgang in Kneipen, in denen nicht mehr geraucht werden dürfe: 53,3 Prozent der regelmäßigen Raucher gaben an, solche Lokale seltener zu besuchen. Aber auch die Nichtraucher bleiben aus: Von ihnen sagten 10,6 Prozent, sie besuchten Kneipen seltener als in der Vergangenheit, 89,4 Prozent gehen genauso häufig aus wie vorher. Besucherzahlen und Umsätze sinken so noch weiter.

Die GfK-Umfrage zeigt deutlich, dass in Kneipen keine zusätzlichen Gäste oder neue Gästegruppen gewonnen werden konnten. Insgesamt trifft das Gesetz zum Nichtraucherschutz die getränkegeprägte Gastronomie

stärker als vor allem auf Speisen ausgerichtete Betriebe. Umsatzeinbrüche, Existenzaufgaben und die Klage vor

100 Kleinbetrieben. Bei einer Einführung eines absoluten Rauchverbots ab 2010 würden über Hundert Kneipen so-



In der getränkegeprägten Gastronomie gingen die realen Umsätze 2008 mit Einführung des Nichtraucherschutzgesetzes kontinuierlich zurück

dem Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe waren im vergangenen Jahr die Folgen.

Bedrohte Kleinbetriebe

Die Umsatzentwicklungen bei den Kleinbetrieben sind schon jetzt dramatisch: 2008 hatten kleine Betriebe Umsatzeinbußen von fast 30 Prozent zu verzeichnen. Dies ergab eine Umfrage des DEHOGA Hamburg e. V. unter etwa

wie kleine gastronomische Betriebe schließen müssen, mehr als 1 000 Arbeitsplätze und Existenzen verloren gehen, so der DEHOGA Hamburg e. V.

Ihr Ansprechpartner:

Gregor Maihöfer
DEHOGA Hamburg e. V.
Hallerstraße 22
20146 Hamburg
Telefon: 040 / 413 430 75
info@dehoga-hamburg.de



BRAUEREIVERBAND NORD E.V.
HAMBURG/SCHLESWIG-HOLSTEIN/MECKLENBURG-VORPOMMERN



DEHOGA HAMBURG



HAMBURGER MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU



Landesverband des Ambulanten Gewerbes und der Schausteller Hamburg e. V.



Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e. V.

